

1

2

**3 Beschlussvorschlag für die LDK von Bündnis 90/Die Grünen Saar
4 am 06.07.2014 in Merzig**

5

6 Antragsteller: Landesvorstand

7

8

9 TTIP in der jetzigen Form stoppen! –

**10 Kein Handelsabkommen mit den USA, das europäische Umwelt-, Sozial- und
11 Verbraucherschutzstandards gefährdet**

12 Seit einem Jahr verhandeln die EU und die USA hinter verschlossenen Türen über das
13 transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment
14 Partnership). Der Widerstand gegen dieses Abkommen, bei dem nicht nur eine Aufweichung
15 von europäischen Umwelt-, Arbeitsschutz-, Datenschutz und Verbraucherschutzstandards
16 droht, sondern auch die Rechtsstaatlichkeit und die Handlungsspielräume der Parlamente
17 ausgehöhlt werden, wächst auf beiden Seiten des Atlantiks. Doch die schwerwiegenden
18 Kritikpunkte von Umweltverbänden, Gewerkschaften und VerbraucherschützerInnen werden
19 von der Europäischen Kommission als „Mythen“ abgetan. Unbeeindruckt von den Sorgen der
20 BürgerInnen treibt die Kommission die TTIP-Verhandlungen weiter voran. Die Kritik erstreckt
21 sich mittlerweile auch auf das fast ausverhandelte europäisch-kanadische
22 Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement). In CETA
23 getroffene Regelungen könnten aufgrund der engen Verflechtung der Wirtschaftsräume der
24 USA und Kanada schon vor Abschluss von TTIP Fakten schaffen.

25 Einen Etappensieg haben während des Europawahlkampfes all diejenigen erreicht, die gegen
26 die Aufweichung des Verbraucherschutzes mobil gemacht haben und nicht bereit sind zu
27 akzeptieren, dass Unternehmen demokratische Staaten vor Geheimgerichten auf
28 Milliardenentschädigungen verklagen können: TTIP ist aus den Hinterzimmern in den Fokus
29 der Öffentlichkeit gerückt. Dazu hat auch die Veröffentlichung des Verhandlungsmandates
30 durch die Grüne Fraktion im Europaparlament beigetragen. Es ist klar geworden, dass viele
31 BürgerInnen dem geplanten Abkommen kritisch gegenüberstehen. Umso kritikwürdiger ist
32 es, dass SPD und CDU mit ihrer großen Parlamentsmehrheit im saarländischen Landtag und
33 im Bundestag die Sorgen der BürgerInnen nicht ernst nehmen und der Öffentlichkeit weiter
34 Sand in die Augen streuen. Unser Antrag im saarländischen Landtag für ein Aussetzen der
35 TTIP-Verhandlungen wurde abgelehnt und der Antrag unserer Grünen Bundestagsfraktion
36 gegen Sonderrechtssysteme für Konzerne verschoben. Gerade diese Sonderrechtssysteme für
37 Konzerne sind jedoch ein zentrales Problem des geplanten Freihandelsabkommens.

38

39 Investor-Staat-Klagen sind absolutes No-Go

40 Das Freihandelsabkommen beinhaltet eine Investitionsschutzklausel, die ursprünglich
41 ausländische Investoren vor willkürlicher Enteignung und Diskriminierung schützen sollte.
42 Die Klausel enthält ein großes Missbrauchspotenzial und ermöglicht Klageprivilegien für
43 Konzerne: Unternehmen können diese Schutzklausel dazu nutzen, Nationalstaaten wegen
44 geltender Umwelt- und Gesundheitsstandards auf Schadenersatz in Milliardenhöhe
45 verklagen. Hierbei droht die Gefahr, dass künftig Konzerne nationale Rechtssysteme
46 unterlaufen. Denn die Urteile sollen nicht von einem ordentlichen Gericht getroffen werden,
47 sondern von einem Schiedsgericht, das aus drei vom Unternehmen und der

48 Nationalregierung benannten Juristinnen und Juristen besteht. Dies bedeutet Gefährdung
49 der Rechtsstaatlichkeit sowie der Souveränität und der Handlungsspielräume von Gerichten,
50 Parlamenten und Regierungen. Aufgrund der Investitionsschutzklausel können
51 Konzernklagen gegen national geltende Standards gerichtet werden; davon können
52 insbesondere die Umwelt- oder Sozialgesetzgebung betroffen sein. Auch auf den Bereich
53 des Arbeitsschutzes würden sich die Entscheidungen des Schiedsgerichtes negativ
54 auswirken. Dass die Befürchtungen begründet sind, zeigen folgende internationale Beispiele:

- 55 • Vattenfall verklagt Deutschland auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz wegen des
56 Atomausstiegs. Damit sollen Gewinneinbußen des Unternehmens ausgeglichen
57 werden, obwohl der Atomausstieg zum Schutz des Gemeinwohls unumgänglich war.
- 58 • Philip Morris geht gegen Australien und Uruguay gerichtlich vor wegen
59 Warnhinweisen auf Zigarettenpackungen.
- 60 • Der kanadische Ölkonzern Lone Pine verklagt seine eigene Regierung wegen eines
61 Moratoriums für die Hochrisikotechnologie Fracking.

62 Im Gegensatz zu uns GRÜNEN haben SPD und CDU dem Verhandlungsmandat, das diese
63 Investitionsschutzklauseln beinhaltet, im Europäischen Parlament zugestimmt.

64 Aufgrund des zunehmenden Drucks aus der Zivilgesellschaft und aus den Parlamenten hat
65 die EU-Kommission am 27. März 2014 ein Konsultationsverfahren zum
66 Investitionsschutzkapitel in TTIP eingeleitet. Der von der Kommission veröffentlichte Text
67 basiert auf dem aktuellen Verhandlungsergebnis von CETA. Veröffentlicht wurden allerdings
68 nur Auszüge und nicht der komplette Textentwurf zum Investitionsschutzkapitel in CETA.
69 Dies zeigt, dass die Kommission die BürgerInnen weiterhin nicht ernst nimmt. Völlig
70 unverständlich ist auch, warum sich das Ergebnis des Konsultationsverfahrens nicht auch
71 auf die Regelungen in CETA angewendet wird. Es ist unmöglich zu dem Schluss zu
72 kommen, dass die Regelungen zum Investitionsschutz in CETA für TTIP abgelehnt werden
73 sollen, sie im Rahmen von CETA aber einfach unverändert bestehen bleiben.

74 Für uns GRÜNE ist klar: Mit TTIP würde sich die Politik ihrer eigenen Handlungsspielräume
75 berauben und sie in die Hände multinationaler Konzerne geben. Das darf nicht sein. Die
76 deutschen und europäischen Parlamente müssen auch künftig eigenständig Standards und
77 Normen setzen können!

78

79 **Transparenz und Öffentlichkeit sind nicht verhandelbare Grundprinzipien**

80 Ein grundlegendes Problem stellt die Art und Weise der Verhandlungen zwischen den USA
81 und der EU über das Freihandelsabkommen dar: Das vom EU-Ministerrat verabschiedete
82 Verhandlungsmandat wurde als Verschlussache eingestuft, somit finden die Verhandlungen
83 bis zur endgültigen Fertigstellung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dadurch bleibt der
84 Öffentlichkeit der Zugang ebenso verwehrt wie den Medien- und ParlamentsvertreterInnen
85 während KonzernvertreterInnen mit am Verhandlungstisch sitzen. Bereits vor den
86 eigentlichen Verhandlungen wurden seit 2011 die Beratungen in internen Arbeitsgruppen
87 unter der Beteiligung von Konzernen vorbereitet. Wir GRÜNE werden kein Abkommen
88 akzeptieren, das hinter verschlossenen Türen verhandelt wird und bei dem zwar große
89 Unternehmen, nicht aber die Öffentlichkeit und die Parlamente, mitsprechen dürfen. Die
90 Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei einem solch wichtigen Abkommen, das tief in die
91 Lebensbedingungen der BürgerInnen eingreift, ist für uns unabdingbar!

92

93 Kommunale Daseinsvorsorge stärken – Keine Wasserprivatisierung durch die

94 Hintertür

95

96 Die von uns GRÜNEN unterstützte Europäische Bürgerinitiative „right2water“, an der sich 1,9
97 Millionen Menschen beteiligt haben, hat die Europäische Kommission aufgefordert, das
98 Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung gesetzlich zu verankern. Deshalb
99 darf die Privatisierung der Wasserversorgung nicht durch TTIP durch die Hintertür wieder auf
100 die Tagesordnung kommen. Genau das steht jedoch zu befürchten, denn ein Ziel der
101 Verhandlungen ist auch, Marktzugänge für öffentliche Dienstleistungen zu eröffnen. Beim
102 Kanadischen Abkommen CETA ist bereits eine sogenannte Negativliste vorgesehen, die
103 öffentliche Dienstleistungen zum Gegenstand des Abkommens macht, aber Ausnahmen wie
104 z.B. Wasserversorgung vorsieht. Diese Regelung ist viel zu unflexibel und verhindert
105 Handlungsspielräume für Rekommunalisierungen. Deshalb fordern wir im Falle der
106 öffentlichen Dienstleistungen eine sogenannte „Positivliste“. Diese macht die öffentlichen
107 Daseinsvorsorgeleistungen der Kommunen explizit nicht zum Gegenstand des Vertrages,
108 damit auch in Zukunft noch Rekommunalisierungen in den Städten und Gemeinden möglich
109 sind. Doch davon sind die Verhandlungspartner weit entfernt.

110

111 Umwelt-, Sozial- und Verbraucherrechte schützen

112 Mit TTIP stehen europäische Umwelt- und Verbraucherschutzstandards auf dem Spiel. Für
113 uns GRÜNE ist klar: Wir wollen keine Chlorhühner, kein Klonfleisch und keine giftigen
114 Chemikalien in Europa! Unser Nein zum Chlorhuhn ist ein Nein zu noch mehr
115 Massentierhaltung und ein Bekenntnis für eine nachhaltige Landwirtschaft, artgerechte
116 Tierhaltung, den Erhalt des Vorsorgeprinzips sowie gesunde und sichere Lebensmittel in
117 Europa! Wirklicher Verbraucher- und Tierschutz beginnt im Stall. Defizite können und dürfen
118 weder durch steigende Antibiotika-Gaben noch durch aberwitzige Desinfektionsmethoden als
119 finale Problemlösung ausgeglichen werden. Nicht das Chlorhuhn ist die Lösung, sondern eine
120 artgerechte Nutztierhaltung mit gesunden Tieren und geringerer Keimbelastung!

121 Die Europäerinnen und Europäer sind stolz auf Ihre Umwelt, Sozial- und
122 Verbraucherschutzstandards. Sie gehören zu den großen Errungenschaften der
123 Europäischen Union. Die BürgerInnen haben hart für ihre Rechte als VerbraucherInnen und
124 ArbeitnehmerInnen sowie hohe ökologische und soziale Standards gekämpft. Wir GRÜNE
125 haben diesen Kampf gemeinsam mit der Zivilgesellschaft geführt und werden jetzt nicht
126 zulassen, dass diese Erfolge durch TTIP untergraben werden. Ein Handelsabkommen, das
127 unsere ökologischen und sozialen Standards untergräbt, ist auf Sand gebaut. Stattdessen
128 muss es bei der Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und den USA um fairen
129 Handel gehen, um Impulse für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und um
130 Regeln, die dem Wohl aller in einer globalisierten Welt dienen. In diesem Rahmen sind wir
131 GRÜNE nicht gegen den Abbau von Handelshemmnissen oder die Vereinheitlichung von
132 Normen. Einheitliche Vorgaben für Crashtests von Kraftfahrzeugen oder Handy-Ladegeräte
133 sind sinnvoll. Dafür gibt es aber einen klaren Kompass: Umweltschutz, soziale und
134 Verbraucherschutzstandards sowie Demokratie sind keine Handelshemmnisse – sie sind die
135 Grundlage für nachhaltigen Wohlstand und gemeinschaftliches Auskommen!

136 Auch fordern wir, dass die EU ihre Stimme einsetzt, um Regeln im internationalen Handel zu
137 schaffen, so dass die Interessen aller Regionen berücksichtigt werden. Allerdings haben wir
138 mit Blick auf die fehlende Transparenz, die Ausgestaltung des Handlungsmandats der
139 Europäischen Kommission und den Ausbau der Schattenjustiz für Investoren wenig
140 Hoffnung, dass dieses TTIP dafür genutzt wird. Durch die Setzung hoher Standards könnten
141 wir Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit bieten und Anreize für die ökologische
142 und soziale Modernisierung der Wirtschaft schaffen. So würden wir die Chance ergreifen und
143 aktiven Klimaschutz, Teilhabe und nachhaltigen Wohlstand verbinden.

144

145Nein zu Dumping-Standards, die Klima und Umwelt schädigen

146Das Freihandelsabkommen könnte einerseits im Bereich Erneuerbare Energien und
147Energieeffizienz positive Effekte für Deutschland und Europa bringen, da wir in diesem
148Bereich führend sind. Im Bereich der fossilen Energieträger sind jedoch erhebliche Risiken
149zu erwarten. Die Gefahren ergeben sich aus wesentlich geringeren Umweltstandards und
150der fragwürdigen, aber kostengünstigen, Gewinnung von Kohle, Öl und Gas in den USA.
151Diese, durch die Entfernung von ganzen Bergkuppen oder durch Fracking gewonnenen,
152Energieträger könnten am europäischen Markt günstiger angeboten werden und hätten so
153einen negativen Effekt auf unsere Bemühungen zur Energiewende und zum Klimaschutz, da
154sie Erneuerbare Energien verdrängen könnten. Notwendig wären folglich sehr hohe
155Vorgaben für Umwelt- und Klimastandards im Rahmen des Handelsabkommens, was jedoch
156derzeit unmöglich erscheint. Hinzu kommt die Gefahr, die von den geplanten Investor-Staat-
157Klagen ausgeht, dass künftig doch Fracking in Deutschland durchgeführt werden könnte.

158

159TTIP stoppen und Verhandlungsmandat vom Kopf auf die Füße stellen

160Wir Grüne stehen auf der Seite der VerbraucherInnen, der ArbeitnehmerInnen sowie der
161zivilgesellschaftlichen Gruppen, die dieses Abkommen ablehnen. Wir fordern den Stopp der
162Verhandlungen! Einen Neustart darf es nur geben, wenn die Gespräche auf eine völlig neue
163Grundlage gestellt werden: transparent, mit Einbeziehung der Zivilgesellschaft, und mit dem
164Ziel fairen Handels unter Wahrung höchster Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards.

165

**166Wir werden uns deshalb auf allen politischen Ebenen weiterhin für folgende
167Forderungen stark machen:**

168✓ Stopp der jetzigen TTIP-Verhandlungen – Mandat vom Kopf auf die Füße stellen

169✓ Keine Investor-Staat-Klagen zulassen

170✓ Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Parlamente

171✓ Schutz der Europäischen Umwelt- und Sozialstandards

172✓ Sicher stellen, dass die Europäische Union höhere Standards beschließen kann

173 ohne europäische Unternehmen zu benachteiligen

174✓ Kein Fracking und keine Dumping-Standards auf Kosten der Umwelt

175✓ Neue Verhandlungen u.a. über fairen Handel nur auf der Basis von Transparenz,

176 Beteiligung und gesicherten Standards beginnen